

Hochzeitsprämie für 2017 in Aussicht gestellt

Wie kann der hoch verschuldeten Stadt Lauscha geholfen werden, aus den roten Zahlen herauszukommen, um wieder normal agieren zu können? Diese Frage sollte von Landtagsabgeordneten beantwortet werden.

Von Doris Hein und Doreen Fischer

Lauscha – Was so mancher im Saal vielleicht insgeheim erhofft hatte, geschah leider nicht. Keiner der anwesenden Politiker konnte mit einer Patentlösung für Lauscha aufwarten, keiner zog ein Millionengeschenk aus dem Ärmel. Manch einer der Anwesenden verließ die Versammlung deshalb enttäuscht.

Im Vorfeld hatte der Lauschaer Stadtrat Thomas Ellmer die Repräsentanten verschiedener Parteien nach Lauscha eingeladen. Der Einladung waren Henry Worm (CDU), Frank Kuschel und Knut Korschewsky (Die Linke) sowie Jörg Henke (AfD) gefolgt. Uwe Höhn (SPD) bedauerte, aus Termingründen absagen zu müssen.

Kein Patentrezept, aber doch allerlei Anregungen und Hinweise hatte vor allem der kommunalpolitische Sprecher Frank Kuschel betreffs finanzieller Unterstützung für die Stadt gegeben. Er benannte verschiedene Töpfe, die im Interesse der Stadt angezapft werden könnten. So auch für das Schwimmbad, das ohne Hilfe von außen im kommenden Jahr geschlossen bleiben wird. „Wir werden auf unserer Ebene versuchen zu prüfen, inwieweit es Übergangsmöglichkeiten gibt, das Bad weiter zu betreiben“, erklärte Knut Korschewsky. „Meine persönliche Meinung ist: Man kann nicht alle freiwilligen Leistungen einsparen. Denn dann verliert eine Kommune ihr Gesicht. Wir brauchen funktionierende Gemeinden und keine sterbenden.“



Nachdenkliche Gesichter bei den Stadträten während der Ausführungen der Landtagsabgeordneten.

Fotos: camera900.de

Zudem hatte Kuschel auf die anstehenden Gemeindefusionen verwiesen. Im Jahr 2017 besteht die Möglichkeit der freiwilligen Gemeinde-Zusammenschlüsse. In diesem Rahmen bestünde sogar die Möglichkeit der Teilentschuldung in Höhe von 3,1 Millionen Euro – quasi als Hochzeitsprämie. Für die Gemeinde, die sich unter diesen Voraussetzungen mit Lauscha verbinden würde, wäre das dennoch nicht ganz unproblematisch. „Man muss mit spitzem Bleistift nachrechnen, wenn man in die Eheschließung mit Lauscha geht und man muss dennoch 3 Millionen Euro an Schulden übernehmen“, verwies Henry Worm auf die Frage, wer sich dann auf diesen Handel einlassen würde. Einig war man sich parteiübergreifend darin, dass mit einem Zusammenschluss eine leistungsfähige Gemeinde entstehen müsse.

Henry Worm ließ dazu, ohne Entscheidungen und Beschlüssen der entsprechenden Gremien vorgreifen zu wollen, als stellvertretender Bürgermeister von Neuhaus, einen durchaus wohlwollenden Grundtenor der Rennsteigstadt zu einer möglichen Eheschließung mit Lauscha unter bestimmten Bedingungen vernehmen. „Im Moment geht die Tendenz der Lauschaer in Richtung Neuhaus. Man darf bei dieser Diskussion

aber die Stadt Steinach nicht vergessen“, gab Korschewsky zu bedenken. Für die Zukunft kann er sich sogar vorstellen, die bereits gebildeten Strukturen noch einmal auf den Prüfstand zu stellen.

Die Landtagsabgeordneten waren auch darin einer Meinung, dass Lauscha seine finanziellen Probleme nicht alleine bewältigen kann. „Die Stadt könnte für die nächsten 50 Jahre Haushaltssicherungskonzepte aufstellen und ist trotzdem nicht in der Lage, sich aus eigener Kraft aus dem Sumpf herauszuziehen“, sprach Worm eine deutliche Sprache. „Lauscha hat schon in den vergangenen Jahren alle Möglichkeiten zur Einsparung ausgereizt. Irgendwann ist aber die Bereitschaft erschöpft.“

Das sagte er auch mit Blick auf andere Gemeinden, die über Jahre hinweg am Tropf des Landes hingen und Millionen an Euro zugeschossen bekommen haben. „Im Interesse der Gleichberechtigung müsste man das auch Lauscha zugestehen“, mahnte Worm an.

Gibt es keine Hilfe des Landes, dann könnte das über kurz oder lang zum Ende des Straßenbaus für die Ortsdurchfahrt bedeuten. Was die Pendler sicher freut, heiße aber, dass bisherige Planungen und Ausgaben für die Katz waren. Ihren Eigenanteil kann die Stadt ohne kräftige Finanz-



Norbert Zitzmann wirbt für politisch gutes Wetter.

spritze des Landes jedenfalls nicht stemmen. Da die Straße eine überregionale Bedeutung hat, Lauscha jedoch einen Teil der anfallenden Kosten (Bürgersteig, Beleuchtung, Wasserführung) leisten muss, für eine Maßnahme, die das Land will, muss eine Lösung her. Daher hat die Stadt den Nachweis der Notwendigkeit und Unabweisbarkeit eingebracht. Damit wäre es möglich, dass das Land wohlwollend einschreitet.

Jürgen Köpper, der als ehrenamtlicher Vorsitzender des Kreisverbandes Sonneberg im Gemeinde- und Städtebund Thüringen der Veranstaltung beiwohnte, mahnte, das gegenwärtig arg gebeutelte Vertrauen der Bürger zur Politik wiederherzustellen und dafür zu sorgen, dass dem Land nicht ganz andere Sorgen betreffs Asylpolitik so über den Kopf wachsen, dass alles andere zu Peanuts verkommt.

Für Bürgermeister Norbert Zitzmann war die Veranstaltung durchaus interessant, weil sie das Spannungsfeld zwischen Realität und Vision aufgezeigt hatte. Auf gut Deutsch: Auch wenn sie es wollten, die Landtagsabgeordneten können die finanziellen Engpässe der Stadt Lauscha nicht lösen. Sein Credo lautete: „Dieses Treffen war durchaus dafür geeignet, politisch gutes Wetter für die Probleme der Stadt zu machen.“



Knut Korschewky und Frank Kuschel sehen im Zusammenschluss der Stadt Lauscha mit einer anderen Kommune eine mögliche Teilentschuldung.



Henry Worm ist sich sicher, dass Lauscha, ohne Hilfe des Landes, seine Probleme nicht lösen kann.